

Bundestagswahl Auf Einladung der VHS diskutierten fünf Kandidaten in der Bad Uracher Schlossmühle

## **Fünf im Zwangsspagat**

VON ANDREAS FINK

**BAD URACH. Die gute Nachricht zuerst: Die Diskussion zwischen Ernst-Reinhard Beck, Pascal Kober, Beate Müller-Gemmeke, Stefan Straub und Sebastian Weigle war spannender als die zwischen Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier. Die schlechte: Viele Zuhörer in der Uracher Schlossmühle bekamen nicht das zu hören, was sie erwartet hatten etliche verließen die Veranstaltung der Volkshochschule schon vor dem Ende. Bundestagskandidaten, die zu Fragen landespolitischer Natur Stellung beziehen sollen: ein Zwangsspagat, der über weite Strecken nicht gut gehen konnte.**

»Es soll nicht um Programme gehen, sondern um Persönlichkeiten«, betonte der Moderator des Abends, VHS-Leiter Dieter Reichhold. Bildung und Erziehung, Chancengleichheit, Sicherheit und Finanzen: Vier Themenfelder hatte sich Reichhold für den Abend vorgenommen.

»Erziehung findet im Wesentlichen im Elternhaus statt«, meinte der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck. Dennoch müsse man die vorschulische Bildung und die Sprachförderung ausbauen. Beck wandte sich gegen die »voreilige Verurteilung« des dreigliedrigen Schulsystems. Auf die frühkindliche Bildung schwören auch Pascal Kober und Beate Müller-Gemmeke. Im Gegensatz zu Beck ist die Grüne aus Pliezhausen jedoch gegen die »frühzeitige Aussortierung«, also die Trennung in Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten nach der vierten Klasse. Länger gemeinsam lernen: Das fordern auch Stefan Straub und Sebastian Weigle.

### **Gegen die deutsche Kleinstaaterei**

Stefan Straub kritisiert die »große Abhängigkeit von der sozialen Herkunft von Kindern«. Seine Forderungen: Mehr als doppelt so viel Geld vom Staat für die Bildung, zehn Jahre gemeinsames Lernen, kostenfreies Studium: »Bildung darf nichts kosten.« Den Staat kostet sie aber eine ganze Menge, erteilte Pascal Kober allzu hochfliegenden Träumen eine Absage: Allein die Senkung des Klassenteilers von 33 auf 30 Schüler habe 400 Millionen Euro gekostet. »Das Bildungsproblem lösen wir mit immer mehr Einstellungen und Gebäuden nicht.«

Knackpunkt der Diskussion: Bildung ist Ländersache und so von Bundestagsabgeordneten nicht wirklich zu beeinflussen. Nicht ganz, wie Moderator Dieter Reichhold betonte. Die habe das Investitionsprogramm »Zukunft Bildung und Betreuung« (IZBB) zum Auf- und Ausbau von Ganztageschulen gezeigt. Über ein paar Umwege landeten die Politiker wieder bei landespolitischen Themen, um schließlich zu des Pudels Kern zu gelangen: Der Föderalismus ist schuld. »Es ist ein Unding, wenn ein baden-württembergischer Student eher in Amerika studieren kann als in Bayern«, schimpfte eine ZuhörerIn.

Als MdB will sich Beate Müller-Gemmeke für ein »Recht auf Ausbildung« einsetzen. »Zur Not muss der Staat in die Pflicht gehen und die Ausbildung finanzieren«, etwa in Form eines »Bildungs-Solis«. Es gelte, die Kontakte zwischen Schule und Arbeitswelt zu unterstützen, »anstatt nachschulische Wartschleifen zu finanzieren«. »Menschen auszubilden ist eine Sache«, sagt Pascal Kober, »aber was ist dann?« Die Politik müsse mit Steuergeldern Betriebe

unterstützen, die leistungsschwache, »praktisch begabte« Menschen aufnehmen. Außerdem will er kleine und mittlere Betriebe sie stemmen das Gros der Ausbildungen von Steuern und Bürokratie entlasten. Sebastian Weigle will »große Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen, weil sie prozentual viel weniger ausbilden als große«. Starker Gegenwind vom Podium und aus dem Publikum für Ernst-Reinhard Beck, der meinte, dass »bei uns jeder, der einen Ausbildungsplatz will, auch einen bekommt«.

### **Über Sicherheit im Allgemeinen**

Was sagen die Leute, die nach Berlin möchten, zum Uracher Marktplatz und den Jugendlichen, die hier für Ärger sorgen? Für Beate Müller-Gemmeke »kein Problem der Migration«, sondern »eine Folge des schlechten Bildungsangebots«, das zu Frust führe. »Die innere Sicherheit ist Aufgabe der Polizei und des Staates«, sagt Pascal Kober zum privaten Sicherheitsdienst, der derzeit in der Stadt für Ordnung sorgen soll. »Ich will aber Bad Urach nicht kritisieren«, schob er nach, »da die Polizei hier nicht mehr Mittel hat.« Ernst-Reinhard Beck erging sich in allgemeinen Ausführungen über Sicherheit und Freiheit, brachte gar die »ökologische Sicherheit« ins Gespräch, um schließlich zu dem Ergebnis zu kommen: »Das ist ein weites Feld.« In ein weites Feld über den Wertewandel der Gesellschaft verzettelte sich die anschließende Diskussion, in der immer mehr Zuhörer eingriffen. »Wie sollen die von den Politikern vorgeschlagenen Maßnahmen finanziert werden?«: Der letzte Punkt kam nicht mehr zur Sprache. (GEA)